

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## Änderungsantrag zu WP-01-K1

### **Von Zeile 859 bis 861 einfügen:**

mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten **inkluisiven** Katastrophenschutz. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir

## Begründung

### **Herausforderungen**

Die Klimakrise führt zu extremen Wetterereignissen, die neue, angepasste Katastrophenschutzpläne erfordern. Diese Pläne müssen insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen. Aktuell bestehen jedoch erhebliche strukturelle Herausforderungen im Katastrophenmanagement, wie komplexe Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie unzureichende Kooperationen.

Zusätzlich sind viele Katastrophenschutzorganisationen nicht optimal ausgestattet, um den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden. Alltagsbarrieren wie unzugängliche Infrastrukturen und fehlende barrierefreie Transportmöglichkeiten stellen weitere Hindernisse dar.

### **Kommunikationsbarrieren**

Ein zentrales Problem sind fehlende barrierefreie Informationen zur Katastrophenvorsorge. Viele Warnsysteme sind nicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen abgestimmt, was im Ernstfall zu gefährlichen Situationen führen kann.

### **Fazit**

Die Umsetzung eines inklusiven Katastrophenschutzens ist entscheidend, um eine inklusive und resiliente Gesellschaft zu schaffen, die allen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den vulnerablen Gruppen, Sicherheit und Schutz bietet. Nur durch ein koordiniertes Vorgehen aller Akteure und eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl können wir die Daseinsvorsorge auf ein höheres Niveau bringen.